

PRESSEMITTEILUNG

BUND Regionalgruppe Ostniedersachsen
Schunterstraße 17
38106 Braunschweig

www.bund-niedersachsen.de/s-mandanten/ost-niedersachsen



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

REGIONALGRUPPE OSTNIEDERSACHSEN

17.03.2021

Zukunftspläne von vorgestern?

Wie zeitgemäß ist die Planung eines Großgewerbegebietes ohne Fokus auf eine Bahnanbindung und Rücksicht auf europäische Schutzgebiete?

In Zeiten, in denen die Gesellschaft einen tiefgreifenden Bewusstseins- und Umdenkungsprozess begonnen hat, scheint die politische Entscheidung für ein solches Gewerbegebiet fehl am Platz und trotzdem wird weiter auf eine Machbarkeitsstudie am Kreuz Wolfsburg/Königsutter am Elm (A2/A39) gepocht.

Nach Helmstedt, Braunschweig und Wolfsburg soll nun der Wolfenbüttler Rat die Freigabe der Gelder für eine Machbarkeitsstudie beschließen. Exponentielles Wachstum scheint immer noch Maßstab für vermeintliche Prosperität zu sein, statt an zukünftige Generationen zu denken. Diese Entscheidung zeigt, ob es den Politiker*innen vor Ort bei ihrer Entscheidung nur um wirtschaftliche Interessen geht oder ob sie zukunftsorientiert den Klimawandel mitdenken.

Von dem Großgewerbegebiet wären mindestens zehn europäische Schutzgebiete, die sogenannten Flora-Fauna-Habitatgebiete (FFH-Gebiete), unmittelbar und mittelbar betroffen! Die derzeitigen Planungen umfassen Flächen im Naturpark Elm/Lappwald und bedrohen den einzigartigen Naturraum des Schunter-Schepkau Talsystems mit seinen wertvollen Laubwäldern, Mooren und reich gegliederten Ackerfluren.


Die Schaffung einer Infrastruktur im Grünen zerstört nicht nur unwiederbringlich wertvollen Boden, die Planung eines autofokussierten Gewerbegebiets widerspricht einer klimafreundlichen Gestaltung der Region fundamental. Zukunftsfähige Gewerbegebiete müssen an das Schienennetz angeschlossen sein, stattdessen wird erstmals ein Gewerbegebiet in Niedersachsen geplant, welches sich so autoabhängig macht, sowohl für die Güterversorgung als auch für Anfahrt zum Arbeitsplatz.

Gemäß Analyse (KOREG) stehen ausreichend geeignetere Alternativstandorte zur Verfügung. Diese müssen vorrangig geprüft und dürfen nicht ignoriert werden. Die Prüfung der Standorte erfolgt ohnehin im Rahmen des kommenden Raumordnungsprogrammes. 200.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie auszugeben, wäre weder im Sinne der Gesellschaft noch vereinbar mit bestehenden Nachhaltigkeitsplänen.

Jetzt wo es heißt diese umzusetzen, sollte über die Gemeindegrenzen hinaus gemeinsam die Standortfrage unter Berücksichtigung von Industriebranchen gestellt werden. Hierdurch würden sich die Räte zu ihren strategischen Nachhaltigkeitsplänen bekennen, die bereits beschlossen wurden, sei es ein Klimabeirat oder wie in Wolfenbüttel das Zukunftsprofil.

Die Räte wollen Gewerbeansiedlungen klimaschonend und ohne Flächenverbrauch verstärken? Das könnte in der Umsetzung bedeuten, dass die Landkreise unter Einbeziehung der Kommunen und ihrer Planungen, gemeinsam ein Kataster von "wiederverwendbaren Gewerbebeständen" entwickeln. Im Zuge dessen könnte ein Flächenmanagementsystem (IT-Datenbank) im Landkreis eingeführt werden, welches alle verfügbaren Standorte registriert. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat es beispielweise im Januar vorgemacht: Mit ihrem Kabinettsbeschluss hat sie das Projekt "Nachhaltiges Flächenmanagement" auf den Weg gebracht. Es werden sieben Planstellen und ein „Baulandfonds“ zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise werden bisherige Hürden der Siedlungsentwicklung in der Region überwunden.

Die BUND Regionalgruppe Ostniedersachsen besteht aus den BUND Kreisgruppen Braunschweig, Gifhorn, Helmstedt, Salzgitter, Wolfenbüttel und Wolfsburg. Sie wird finanziert vom BUND Landesverband Niedersachsen. Ihr Sitz ist in Braunschweig.



Welches Zeichen setzt nun Wolfenbüttel in der Entscheidung? Wir hoffen darauf, dass der Wolfenbüttler Rat zukunftsfähig entscheidet und somit auf die Bedürfnisse der Gesellschaft hört und Klimaschutz und Verkehrswende mitdenkt.

Die BUND Regionalgruppe Ostniedersachsen fordert daher alle Fraktionen auf, die Drucksache (0653/2020) zur Machbarkeitsstudie abzulehnen. Somit wird die Möglichkeit eröffnet gemeinsam über klimafreundlichere Alternativen für die Region zu beraten.

Pressefotos:

Unter www.bund-niedersachsen.de/pressefotos finden Sie Pressefotos. Das Copyright entnehmen Sie bitte den Fotobeschreibungen.

Pressekontakt:

Janina Ahrendt
Regionalkoordination
BUND Regionalgruppe Ostniedersachsen
janina.ahrendt@nds.bund.net